

Resolution des Gewerkschaftsrates von ver.di zur Situation nach den Terroranschlägen in den USA

Der Massenmord in New York und Washington hat weltweit Entsetzen und Abscheu hervorgerufen. Was in den USA geschehen ist, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zusammen mit vielen anderen Menschen, Organisationen und Staaten verurteilen wir die verbrecherischen Anschläge in New York und Washington und drücken den Familien und der Opfer unser tiefempfundenes Mitgefühl aus.

Der Bundesvorstand von ver.di hat dazu aufgerufen, insbesondere für die Familien der getöteten Feuerwehrleute und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens zu spenden. Er wird diese Spenden an unsere Schwesterorganisationen in den USA weiterleiten mit der Bitte, sie an die betroffenen Familien weiterzugeben.

Die Anschläge in den USA haben neuartige Bedrohungen offenbar gemacht: nicht zuletzt die Gefahr eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen im Dienste des Terrors.

Ver.di sieht sich in der Tradition der Gewerkschaften als Friedensbewegung. Deshalb sagen wir: Krieg ist kein geeignetes Mittel der Politik. Wir brauchen jetzt insbesondere Präventionsstrategien, denn die Wurzeln der Gewalt und des Terrors liegen oft in Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit.

Es bedarf einer neuen, international koordinierten Politik, die den Nährboden aus Ohnmacht, Verzweiflung und Demütigungen zu beseitigen beginnt, der diesen Terrosekten ihren Nachwuchs zuführt. Dem Konflikt zwischen Palästinensern und Israel kommt eine Schlüsselrolle zu. Es bedarf einer Konfliktlösung mit Palästinensern und Israelis.

Zur Bewältigung dieser Krisensituation ist es unumgänglich – und dies ist von fundamentaler Bedeutung – auf eine menschliche und demokratische Version der Globalisierung zu drängen. Gegen eine Politik, die die Gestaltung der Globalisierung den Marktkräften überlasst, muss die Idee einer sozialen Globalisierung gesetzt werden.

Dem Terrorismus muss durch zivile Maßnahmen, durch die Stärkung des internationalen Rechts und durch einen Interessenausgleich zwischen den armen und den reichen Ländern der Boden entzogen werden.

Es ist notwendig, dass unter dem Eindruck der Terrorakte von New York und Washington die Sicherheitslage auf den Prüfstand gestellt wird. Das darf freilich nicht dazu führen, die Freiheit, die wir verteidigen, auf dem Altar der inneren Sicherheit zu opfern. Außenmaß zu zeigen und die Verhältnismäßigkeit zu wahren, muss auch die Devise bei der inneren Abwehr terroristischer Gefahren sein. Aus einer offenen darf keine autoritäre Gesellschaft werden!

Ver.di hält deshalb weiter an seiner globalisierungskritischen Position fest und tritt für Alternativen zur bisher e4ingeschlagenen Form der Globalisierung ein.

Ver.di setzt sich weiter für eine auf Integration angelegte Zuwanderungsregelung ein und bemüht sich aktiv darum, den Zusammenhalt deutscher und ausländischer KollegInnen zu fördern. Mehrere zehntausende ver.di-Mitglieder sind Muslime. Sie gilt es gegen pauschale Diffamierung und Übergriffe zu schützen. Ver.di stellt sich schützend vor unsere muslimischen Bürgerinnen und Bürger, denn sie sind nicht verantwortlich für die Tat. Islam und Terrorismus dürfen nicht gleichgesetzt werden.

Mit ver.di treten wir ein für den Schutz der unveräußerlichen Rechte aller Menschen, für Menschenwürde, demokratische Rechte und Toleranz, für die Werte der Zivilgesellschaft. Diese Werte gilt es gegen totalitäre Bedrohung und religiöse Intoleranz jedweder Couleur zu verteidigen. Es bleibt unsere Aufgabe, aufgeklärte, freiheitliche Positionen zu bewahren und offensiv zu vertreten.

Berlin, 28. September 2001